

Archäologische Untersuchungen an der Marburger Synagoge

Ulrich Klein

In Marburg war der Bereich um den Obermarkt über Jahrhunderte der bevorzugte Synagogenstandort, an dem bereits seit dem 13. Jahrhundert ein Synagogenbau nachgewiesen werden kann.¹ Nach dem Stadtbrand von 1319 wurde die hier bestehende Synagoge wieder aufgebaut und mindestens bis zu den Pogromen von 1348 genutzt; 1452 ist dieser Bau, möglicherweise einhundert Jahre lang nicht mehr kultisch genutzt, endgültig abgerissen worden.² Im 17. Jahrhundert wurde von den inzwischen wieder zugezogenen Juden in der Stadt in dem unmittelbar danebenliegenden Gebäude Schloßsteig (bis 1933: Judengasse) 6 ein Betraum eingerichtet und genutzt (Abb. 1).³

Abweichend von diesem bevorzugten Standort war im 18. Jahrhundert, nach 1720, ein Betraum im Haus Langgasse 7 eingerichtet,⁴ der dann aber in westfälischer Zeit für die wachsende Gemeinde zu klein wurde, weshalb man in ebenfalls zu beengte Räume in der nahen Barfüßerstraße ausweichen musste.⁵ Im Jahr 1817 wurde in der Gemeinde der Plan eines Neu- oder Umbaus⁶ auf dem Grundstück Langgasse 7 diskutiert, dann aber zugunsten des Kaufs und anschließenden Umbaus des Gebäudes Ritterstraße 2, wieder in unmittelbarer Nähe der früheren Standorte am Obermarkt und zur Synagoge, aufgegeben.⁷ Am 14. August 1818 ist hier die neue Synagoge eingeweiht worden, die dann bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert genutzt werden sollte.⁸

Die im Lauf des 19. Jahrhunderts stetig wachsende jüdische Gemeinde der Stadt – von 50 Mitgliedern noch 1827 auf schließlich 400 im Jahr 1888 und 512 um 1900 – machte Ende des 19. Jahrhunderts den Neubau einer Synagoge erforderlich.⁹ Seit 1885 suchte die Gemeinde zusammen mit ihrem Provinzialrabbiner Leo Munk (1876–1917) ein geeignetes Grundstück, das sie dann 1892 auf der Nordseite der hier noch nicht bebauten Universitätsstraße unmittelbar vor der mittelalterlichen Stadtmauer für 10 000 Goldmark fand.¹⁰ Unmittelbar gegenüber auf der anderen, südlichen Straßenseite lag bereits seit 1876/77 der repräsentative neugotische Bau der Elisabethschule (Abb. 2).¹¹

Die neue Synagoge in der Universitätsstraße

1 Klein/Süßmuth 2009, 10–14.

2 Klein/Süßmuth 2009.

3 Altaras 1994, 86.

4 Brohl 2003, 15–17; Altaras 1994.

5 Brohl 2003, 15 f.

6 Dazu gehört der Plan bei Altaras 1994, 87; die dazugehörige Akte ist offenbar nur unzureichend ausgewertet worden.

7 Brohl 2003, 15–17; Altaras 1994.

8 Brohl 2003, 18.

9 Brohl 2013b, 293; die ehemalige Synagoge in der Ritterstraße ist nach einer zwischenzeitlichen Nutzung als Lagerraum durch Einziehen einer neuen Decke 1899 in ein Wohnhaus umgebaut worden.

10 Brohl 2003, 23–28.

11 Brohl 2013, 240–247.

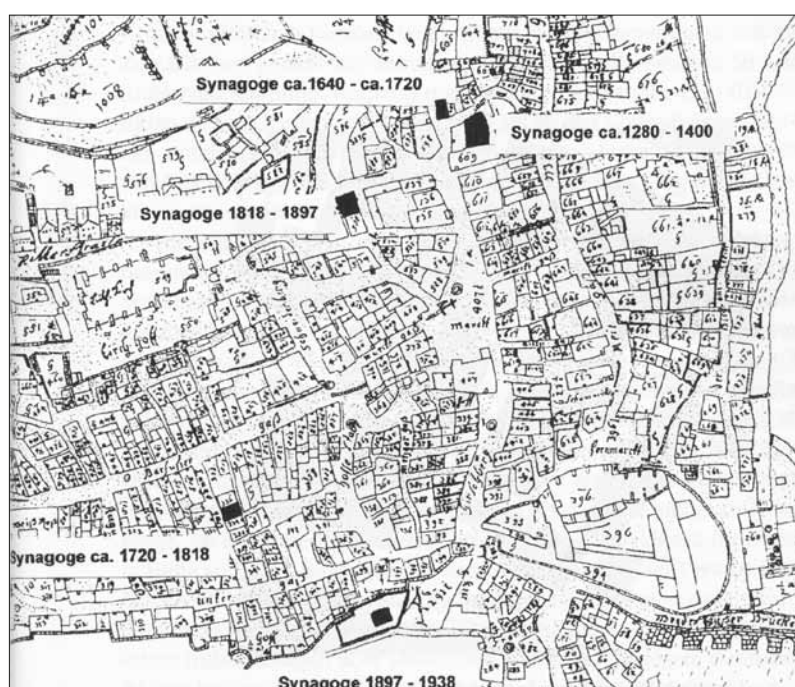


Abb. 1: Lageplan der Synagogen im Bereich der Marburger Oberstadt auf der Grundlage der Stadtkarte von 1750.

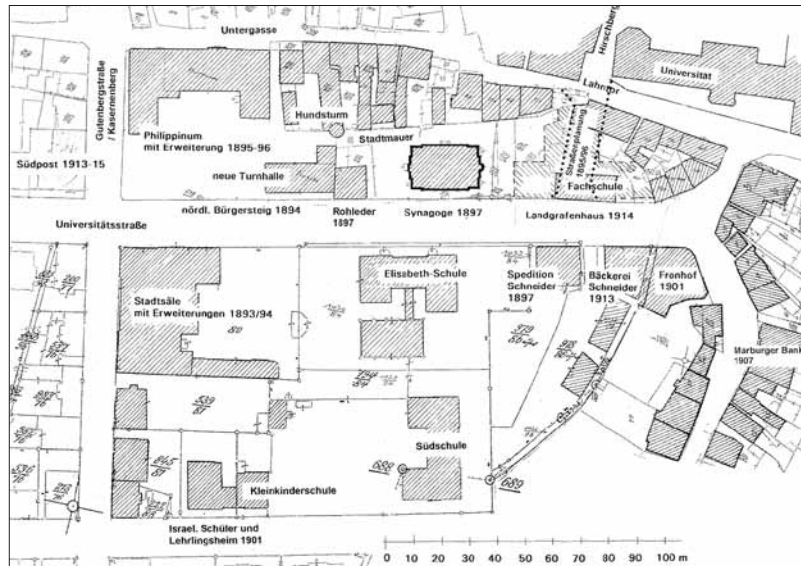
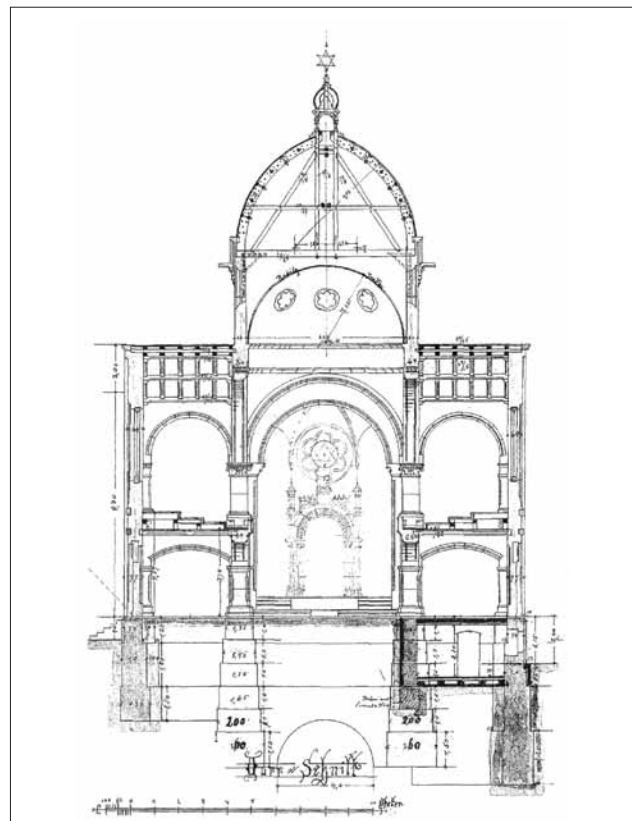
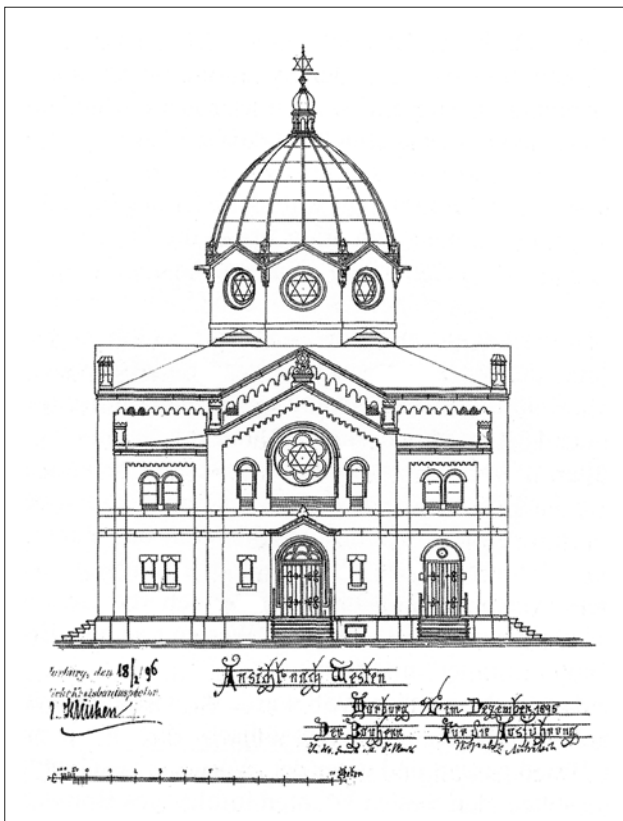


Abb.2: Das nähere Umfeld der Synagoge im Jahr 1914.

Nach den damaligen Stadtplanungen war noch davon auszugehen, dass der östlich folgende Rudolphsplatz durch Abbrüche und die Verlängerung des Hirschbergs zur Universitätsstraße soweit vergrößert werden würde, dass dem Synagogengrundstück Universitätsstraße 11 eine unmittelbare Ecklage zu diesem dann repräsentativ ausgestalteten Platz zukommen würde.¹² Carl Schäfer hatte diese Platzsituation als Universitätsbaumeister mit dem ersten Bauabschnitt des Universitätsgebäudes schon 1872 so geplant, wobei ihn dann aber das Berliner Ministerium wohl vor allem aus Kostengründen an einer Umsetzung hinderte. In beiden folgenden Jahrzehnten kam es mehrfach zu Versuchen, eine solche Planung doch noch umzusetzen, was aber jedes Mal scheiterte.¹³ Im Ergebnis blieb die neue Synagoge ein Bau an der Universitätsstraße, der zudem seit 1915 von Osten durch das neue „Landgrafenhaus“ der Universität bedrängt wurde.¹⁴

12 Brohl 2013a, 99–103.
 13 Ebenda.
 14 Schaal 2013, 508–524.

- ▽ Abb. 3: Westseite der Synagoge; Pläne von Wilhelm Spahr (Abb. 3–6).
- ▷ Abb. 4: Querschnitt mit Blick nach Osten.



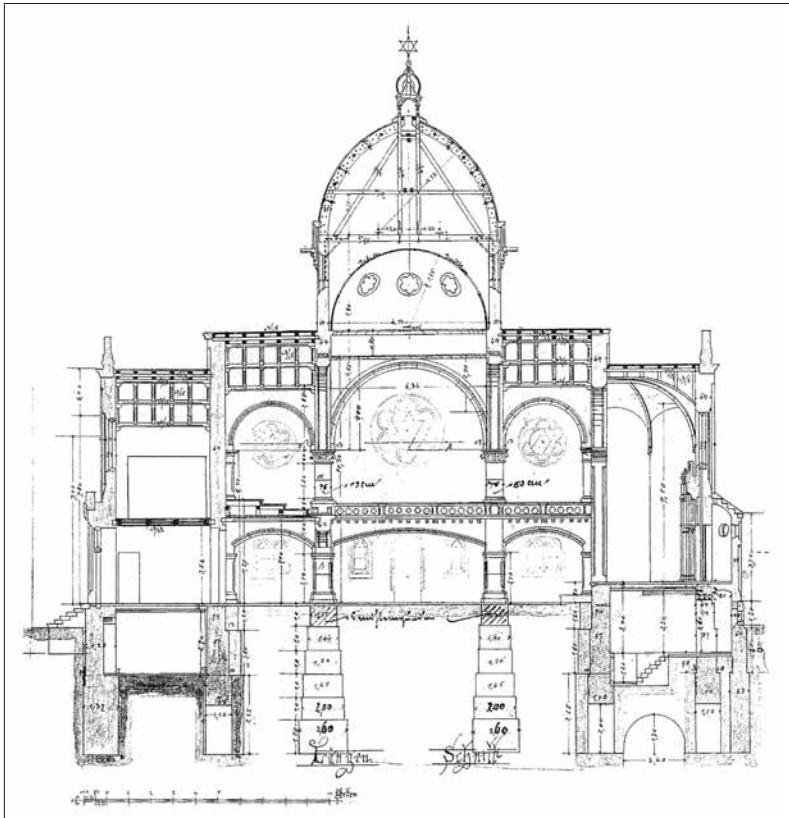


Abb. 5: Längsschnitt mit Blick nach Norden.

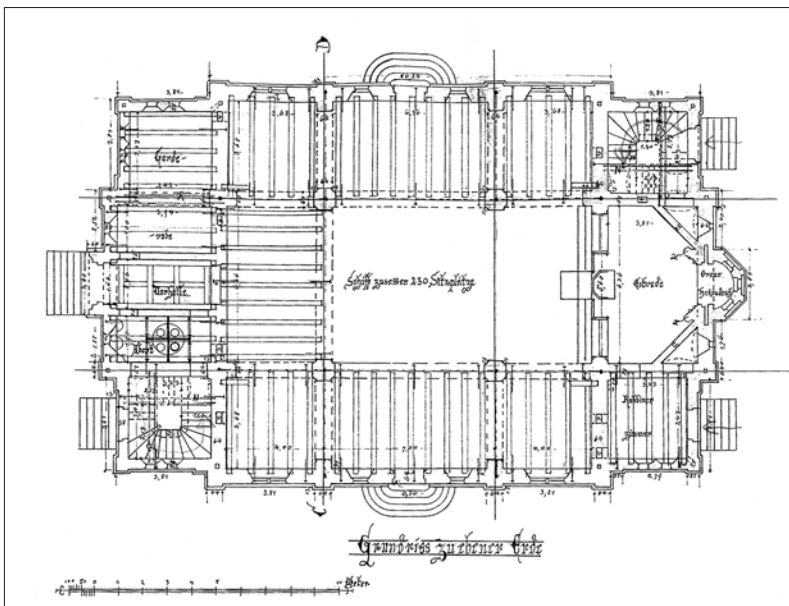


Abb. 6: Grundriss Erdgeschoss.

Der Entwurf für den Neubau der Synagoge stammte von dem jungen Architekt Wilhelm Spahr (1867–1945) aus Lich, der später auch die Synagoge in Limburg bauen sollte und bereits unter Carl Schäfer am Marburger Universitätsgebäude in unmittelbarer Nähe als Bauleiter beschäftigt gewesen war.¹⁵ Nach seinen Plänen wurde seit der Grundsteinlegung am 20. Mai 1896 die neue Synagoge im „orientalischen Stil“ gebaut und am 15. September 1897 eingeweiht (Abb. 3–6).¹⁶ Vorbild für seinen Marburger Bau waren unter anderem die süddeutschen Synagogen von Göppingen (1872–1881) und Ludwigsburg (1883/84). Der Bauplatz in einer vor allem nach Osten bislang nur niedrig bebauten Umgebung unmittelbar am Fuß der Oberstadt ließ den neuen Synagogenbau sehr repräsentativ wirken und aus der umgebenden Bebauung hervortreten. Vor allem durch die

¹⁵ Brohl 2003, 29–33.

¹⁶ Brohl 2003, 68–74.



△ Abb. 7: Postkarte von 1898 mit der neuen Synagoge im Schnittpunkt von Rathaus (links) und Universität (rechts).

▷ Abb. 8: Die fertiggestellte Synagoge von Osten, um 1900.



hohe Kuppel mit dem bekrönenden Davidsstern war das Gebäude mit seinem zentralen Betraum auch auf größere Entfernung als Synagoge identifizierbar (Abb. 8). Für die jüdische Gemeinde konnte der Neubau den Eindruck vermitteln, nun endlich in der städtischen Gesellschaft Marburgs angekommen zu sein, einer Stadt, die von 1887–1903 im Reichstag durch den antisemitischen Agitator Otto Boeckel (1859–1923) vertreten wurde und daher als Hochburg des Antisemitismus galt, was hier ein deutliches Auftreten der Gemeinde umso wichtiger erschienen ließ.¹⁷ Eine zeitgenössische Postkarte zeigte denn auch die Synagoge im Schnittpunkt von Rathaus und Universität, was leider nicht nur optisch ein Wunschtraum bleiben sollte (Abb. 7). Durch die geschilderten Straßenplanungen wäre die Synagoge allerdings tatsächlich im Stadtbild deutlich näher an die Universität herangerückt.¹⁸ Als diese Lösung aber seitens der Stadt verworfen wurde, die Universität ab 1914 ihr neues „Landgrafenhaus“ unmittelbar östlich neben der Synagoge errichtete und nur infolge mehrfacher Einsprüche der Synagogengemeinde wenigstens einen Abstand von 8 m einhalten musste, verlor der Kultbau schon wieder seine bisherige herausragende städtebauliche Stellung.¹⁹

Im Inneren der neuen Synagoge lag zentral des Quadrat des überkuppelten ausgemalten Betraums mit dem Almemor (Vorlesepult, Bima) in der Mitte. Im Norden, Westen und Süden war dieser hohe Raum von den eingeschobenen Frauenemporen umgeben, während er sich nach Osten in der Höhe ungeteilt in Richtung auf den Aron hakodesch (Schrein mit den Thorarollen) mit seiner aufwendigen Architekturräumung unter einem Sechspassfenster mit eingeschriebenem Davidsstern erstreckte. Der Innenraum bekam damit die für damalige Synagogen typische Spannung zwischen einem Zentralbaukonzept einerseits, und einem längsgerich-

17 Klein 1995.

18 Brohl 2013a, 99–103.

19 Brohl 2013b, 252–254; Schaal 2013.



teten Raum in Ausrichtung auf den Schrein andererseits. Hinzu kamen zusätzliche Nebenräume, im Erdgeschoss nach Westen zwei Garderobenräume, ein WC und einer der Aufgänge auf die Empore, während ein weiterer und das Zimmer des Rabbiners im Norden angeordnet waren. Im Obergeschoss lagen neben den Emporen im Westen der Schulsaal und im Osten ein Ruheraum. In dem bedingt durch die leichte Hanglage nach Westen heraustretenden Sockelgeschoss war die Wohnung des (christlichen) Synagogendieners eingerichtet, dazu kamen Kellerräume und im Osten das Kultbad, die Mikwe, mit zwei Wannen für die vorhergehende Reinigung und dem eigentlichen Tauchbad, das mit Regenwasser vom Dach des Gebäudes über ein danebenliegendes Reservoir gespeist wurde.²⁰

Die Marburger Gemeinde verfügte nun über einen ausreichend dimensionierten, nach dem ausdrücklichen Wunsch des Marburger Oberbürgermeisters auch besonders repräsentativen Bau in bester Lage in der Stadtmitte, hatte aber die folgenden Jahre auch noch schwer an den Baukosten zu tragen. Hiervon abgesehen diente der Bau nun die nächsten Jahrzehnte bestimmungsgemäß der Marburger Synagogengemeinde und trug zeitweise tatsächlich dazu bei, die Akzeptanz des Judentums in der früher antisemitischen Hochburg Marburg zu steigern, bis dann ab 1933 die Repressionen durch die Nationalsozialisten wieder zunahm.

In der Nacht vom 8. auf den 9. November 1938, der sogenannten „Reichskristallnacht“, ist die Marburger Synagoge wie an vielen Orten auf zentral ergangenen Befehl hin von den örtlichen SA-Einheiten in Brand gesetzt worden und dann ausgebrannt (Abb. 10). Die Feuerwehr beschränkte sich nach den Berichten von Augenzeugen auf die Sicherung der Nachbarbauten.²¹ Die Brandmittel waren bereits Tage vorher im danebenliegenden Landgrafenhaus der Universität untergebracht worden. Die Universitätsleitung beschäftigte sich damals schon seit einigen Wochen mit Plänen zur Erweiterung des Landgrafenhauses in Richtung auf das Synagogengrundstück.²² Ein Makler hatte bereits Anfang Oktober Verhandlungen mit der Universität über das Synagogengrundstück aufgenommen, und auf einem allgemeinen Angebot für Abbrucharbeiten vom 7. November 1938 wurde handschriftlich vermerkt „bitte aufheben für Synagoge“.²³

Das ausgebrannte Gebäude der zerstörten Synagoge wurde am 10. November wegen angeblicher Gefährdung der Umgebung durch Einsturzgefahr der Kuppel gesprengt (Abb. 9), die oberirdisch verbliebe-

◁ Abb. 9: Das Trümmerfeld der Synagoge beim Abbruch im Dezember 1938.

△ Abb. 10: Die brennende Synagoge in der Nacht vom 9. November 1938.

Die Zerstörung der Synagoge 1938

²⁰ Brohl 2003, 52–60.

²¹ Geschichtswerkstatt Marburg 2003.

²² Bunk 2013, 537–539.

²³ Geschichtswerkstatt Marburg 2003; Rübenstrunk 2003.

nen Mauern eingerissen und das Gelände schließlich eingeebnet. Den erheblichen Aufwand für den Abbruch durch die gleiche Baufirma, die das Gebäude 1896/97 erbaut hatte, stellte man schließlich der jüdischen Gemeinde in Rechnung.²⁴ Die Strafanzeige der Gemeinde wegen Brandstiftung verlief im Sand, weil die Täter nicht zu ermitteln seien. Bereits am 11. November 1938 bat der Kurator der Universität die Stadt um eine Preisschätzung für das Grundstück, im Januar 1939 begannen konkrete Verhandlungen über den Ankauf durch den preußischen Staat, weil das Grundstück „für eine spätere Erweiterung des Landgrafenhauses unentbehrlich“ sei.²⁵ Am 2. Februar 1939 forderte der Kasseler Regierungspräsident den Jüdischen Kultusverein auf, das Gebäude innerhalb von zwei Wochen zu einem festgesetzten Preis an den preußischen Staat zu verkaufen. In dem vorgelegten Entwurf des Kaufvertrags waren detaillierte Angaben zum Zustand des zu übergebenden Grundstücks aufgeführt:²⁶

Das gesamte Grundstück ist vom Verkäufer eingeebnet zu übergeben, wobei die Fundamente des bisherigen Synagogengebäudes bis auf 10 cm unter Erdgleiche stehen bleiben können. Verkäufer hat alle Hohlräume dicht auszufüllen, zu verstampfen und auszuschlämmen und die gesamte frühere Gebäudefläche ist vom Verkäufer mindestens 10 cm hoch bis zur Erdgleiche mit Mutterboden zu verfüllen.

Am 28. Juli 1939 wurde der Kaufvertrag geschlossen, wobei der Kaufpreis ausschließlich für die Tilgung der noch auf dem Grundstück lastenden Hypothek und der angelaufenen Grundsteuerforderungen verwendet worden ist; die Kultusgemeinde sollte schließlich noch 476,29 RM ausgezahlt bekommen, was aber wahrscheinlich auch nicht geschah.²⁷ Die Pläne zur Neubebauung wurden bei Kriegsbeginn allerdings erst einmal zurückgestellt.

Der Platz der Synagoge in der Nachkriegszeit

Nach 1945 wies die Universität Restitutionsforderungen, auch einen geldwerten Ausgleich, unter Verweis auf den 1939 abgeschlossenen Vertrag zurück und ließ ihre Position zugleich durch ein Rechtsgutachten untermauern.²⁸ Durch eine allgemeine Regelung ging das Grundstück am 12. Mai 1952 auf das Land Hessen über; zwei Jahre später wurden der Treuhandverwaltung dafür pauschal 24 600,- DM überwiesen. Die 1949 begonnenen Prozesse gegen die damaligen Brandstifter zogen sich ebenfalls bis 1952 hin.²⁹

Auf dem vorerst unbebauten Platz, auf dem Fahrräder abgestellt wurden und eine Verkaufsbaracke errichtet worden war, sollte 1960 ein PKW-Parkplatz der Universität eingerichtet werden. Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)³⁰ im Marburger AStA (Allgemeiner Studenten-Ausschuss) verlangte daraufhin die Errichtung eines Denkmals für die Synagoge, das dann nach einem langwierigen Findungs- und Umsetzungsprozess am 10. November 1963 – 25 Jahre nach der Zerstörung – ausgearbeitet vom Marburger Bildhauer Paffrath in einer kleinen Parkanlage eingeweiht wurde; als Parkplatz wurde nur der schmale östliche Grundstücksteil unmittelbar am Landgrafenhaus eingerichtet.

Für die damalige Zeit war dies eine sicher sehr weitgehende, ohne den Vorstoß des SDS so sicher nicht zustande gekommene Vorgehensweise, wobei sich allerdings später herausstellen sollte, dass der kleine Park unmittelbar an der vielbefahrenen Universitätsstraße von der Bevölkerung nie richtig angenommen werden würde und weiterhin wie eine zufällige Baulücke wirkte.³¹

Um den Platz Leben zu geben, fehlte damals auch eine jüdische Gemeinde in Marburg, denn eine solche entstand erst wieder seit Beginn der 1980er Jahre, um dann bis 2014 auf ca. 350 Personen anzuwachsen. In der Phase dieser Vergrößerung der Gemeinde durch den großen Zuzug

24 Bunk 2013, 539.

25 Bunk 2013, 541.

26 Bunk 2013, 542.

27 Bunk 2013, 545–548.

28 Bunk 2013, 548–555.

29 Geschichtswerkstatt Marburg 2003.

30 Damals verstand sich der SDS noch als Studentenorganisation der SPD, die sich aber bereits im folgenden Jahr 1961 von dem damals von dem Marburger Sozialwissenschaftler Eberhard Dähne geleiteten Verband trennte. Gerade in Marburg würde der SDS in den kommenden Jahren noch eine wichtige Rolle bei der Politisierung der Universität spielen.

31 Bunk 2013, 582.

aus Osteuropa kam der Gedanke auf, die Synagoge am früheren Standort in den alten Formen wieder aufzubauen, was allerdings innerhalb der Gemeinde aus finanziellen und auch architektonischen Bedenken kontrovers diskutiert wurde. Immerhin rückte aber in diesem Zusammenhang auch das Grundstück an der Universitätsstraße wieder mehr in den Focus des Interesses, woraufhin in diesem Zusammenhang auch der Wunsch nach einer Rückübertragung des Grundstücks an die jüdische Gemeinde aufkam. Vertreten durch den ehemaligen Ersten Beigeordneten des Landkreises, der vorher unter anderem auch die Rechtsstelle der Universität geleitet hatte, begannen Verhandlungen der Jüdischen Gemeinde mit dem Land Hessen, als deren Ergebnis die damalige Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner mit der Jüdischen Gemeinde am 4. Februar 2002 einen erstmals von einer völlig veränderten Haltung der Universität beziehungsweise des Landes Hessen geprägten Rückübertragungsvertrag für das Grundstück geschlossen hat. In diesem war nun ausdrücklich auch das Parkplatzgrundstück im Osten am Landgrafenhaus eingeschlossen, soweit sich dort noch wichtige Teile der Synagoge finden sollten.³² Im Rahmen einer Feierstunde ist das Grundstück der zerstörten Synagoge am 1. September 2002 an die Marburger Jüdische Gemeinde formell rückübertragen worden.

Als Ergebnis der nun weitergeführten Diskussionen über die richtige Nutzung entstand der Gedanke einer Neugestaltung der Gedenkstätte auf der gesamten Platzfläche anstelle eines auch immer wieder erwogenen Synagogenneubaus an dieser Stelle.

Zur Vorbereitung der weiteren Planung für die Anlage einer Gedenkstätte wurde durch das Freie Institut für Bauforschung und Dokumentation e.V. (IBD) 2008 eine erste orientierende archäologische Untersuchung mit insgesamt zehn einzelnen Schnitten zur Feststellung von Lage und Zustand der Grundmauern durchgeführt.³³ Gefunden wurden die Umfassungsmauern des Gebäudes mit den zugehörigen Fundamentierungen (Abb. 12) und den Substruktionen der Kuppelpeiler. Es zeigte sich damit, dass tatsächlich keine sogenannte „Tiefenentrümmerung“ stattgefunden hatte, wie von einigen Stellen 1938 gefordert, sondern die Fundamente und stellenweise auch geringe Bereiche des aufgehenden Mauerwerks noch im Boden 10–20 cm unter der Oberfläche erhalten geblieben waren, wie in dem Grundstücksvertrag mit der Universität 1939 festgehalten. Der nun neu erstellte Gesamtplan des Gebäudes (Abb. 13) zeigte verschiedene Abweichungen von der in den Bauakten vorliegenden Plangrundlage durch veränderte Ausführung, Ungenauigkeiten in den damaligen Messungen und auch jüngere Veränderungen, nicht zuletzt durch die Sprengung der Kuppel. Erstmals war es nun möglich, den Grundriss der früheren Synagoge mit allen Einzelheiten exakt im Gelände nachzuzeichnen. Damit bestätigte sich auch in diesem Fall, dass scheinbar exakte jüngere Baupläne nicht unbedingt zuverlässig sind und für genauere Planungen, die auf erhaltenen Bestandsbereichen aufbauen sollen, Neuvermessungen unbedingt notwendig sind.

Als zusätzlicher größerer Eingriff ist bereits damals im Ostteil des Grundstücks die fast vollständig erhaltene, weil im Untergeschoss angeordnete Mikwe mit ihrem Vorraum, Regenwasserspeicher und der Treppenanlage freigelegt worden (Abb. 11). Wie nicht anders zu erwarten, handelte es sich hier um eine fortgeschrittene Form der sogenannten Reformmikwen, mit denen im 19. Jahrhundert versucht wurde, die kultischen Ansprüche der jüdischen Gemeinden mit den hygienischen Anforderungen der Zeit in Einklang zu bringen.³⁴

Auf der Grundlage der nun vorliegenden Ergebnisse konnte ein Wettbewerb für die Gestaltung der Gedenkstätte vorbereitet werden, der ausdrücklich den Bezug auf die zwischenzeitlich als Bodendenkmal anerkannten Fundamentreste der Synagoge verlangte.³⁵ Der im Jahr

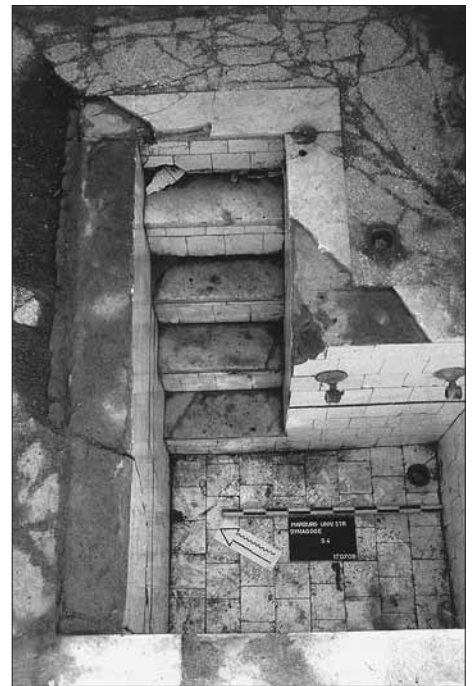


Abb. 11: Blick über die ehemalige Mikwe nach Norden.

Die Ausgrabung der Synagoge



Abb. 12: Freigelegte Grundmauern der Synagoge.

32 Was dann bei den archäologischen Untersuchungen durch das IBD auch geschah, denn hier lagen die Ostmauer und der Unterbau für den Aron hakodesch im Boden erhalten; daraufhin ist auch dieser Bereich rückübertragen worden, so dass unmittelbar am Landgrafenhaus nur noch die notwendige Feuerwehrezufahrt erhalten blieb.

33 Nickel 2008; IBD-Untersuchungsbericht Grundstück der ehemaligen Synagoge an der Universitätsstraße, Ms. Marburg 2009.

34 Die kultische Forderung nach „lebendigem“, auf keinen Fall durch Röhren oder ähnliche Vorrichtungen geleitetes Mikwenwasser war den staatlichen Behörden aus hygienischen Gründen suspekt; daher wurden höhere Ansprüche an die Wasserqualität auch gegen die eigentlichen kultischen Bestimmungen durchgesetzt, was die jüdischen Gemeinden zu akzeptieren hatten.

35 Bunk 2013, 582–585.



Abb. 13: Grabungsplan der Synagoge 2011.



Abb. 14: Blick in das über freigelegte Untergeschoss der ehemaligen Synagoge nach Süden.

2009 durchgeführte eingelaufene Wettbewerb zur Neugestaltung der Gedenkstätte, ausgelobt gemeinsam von der Stadt Marburg und der hiesigen Jüdischen Gemeinde, ergab zwei dritte Preise und einen ersten Preis, eine Preisverteilung, die seitens der Jury die besondere Bedeutung des ersten Preisträgers unterstreichen sollte.

Dieser erste Preis ging an die scape Landschaftsarchitekten in Düsseldorf und wurde in den folgenden Jahren baulich verwirklicht, weil er nach Ansicht der Jury am besten die Geschichte des Ortes mit einer deutlichen Bezugnahme auf ehemalige Synagoge verdeutlichte und dabei zugleich die Aufenthaltsqualität des neuen Platzes im Blick hatte.³⁶ Das Konzept sah auf der Gesamtfläche die Umsetzung eines „Gartens des Gedenkens“ vor, in dem zentral ein begehbare Parallelogramm den ehemaligen Innenraum der Synagoge nachzeichnete. Schrittweise sind dann in den Jahren 2010/11 die für die nun festliegende Neugestaltung relevanten Bereiche der ehemaligen Synagogenfläche freigelegt und dokumentiert worden.³⁷

Große Teile des früher zugänglichen Untergeschosses mit den Kellerräumen und der ehemaligen Wohnung des Synagogendieners konnten dabei wieder freigelegt werden. Nun war es auch möglich nachzuweisen, dass der Ostabschluss der ehemaligen Synagoge mit dem wichtigen Aron hakodesch (Schrein für die Thorarollen) tatsächlich auf dem angrenzenden Parkplatz der Universität lag, so dass nun auch dieser Bereich vertragsgemäß an die Jüdische Gemeinde restituiert wurde.

Das Fundmaterial bestand einerseits aus Bauteilen der Synagoge und Resten ihrer Ausstattung, aber auch aus älterem Scherbenmaterial aus den früheren Ausschachtungsbereichen für die Fundamente. Die Freilegung eines großen Teils der erhaltenen Mauern der ehemaligen Synagoge (Abb. 14) zusammen mit den erhaltenen Räumen im Sockelgeschoss lösten wiederum Diskussionen aus, die zugunsten einer umfangreicheren Präsentation dieser Originalbefunde eine Reduktion der vorgesehenen Neugestaltung verlangten. Nicht zuletzt wegen der damit verbundenen großen Probleme einer zukünftigen „Ruinendenkmalpflege“ mit den fast unvermeidlichen weiteren Substanzverlusten hat man schließlich an der Umsetzung des ursprünglichen Entwurfs festgehalten.³⁸

Abschließend wurde 2011/12 die Bauausführung zur Errichtung der Gedenkstätte archäologisch begleitet, denn nun kam es darauf an, die neuen Bauelemente und die gärtnerische Gestaltung mit einem Rosenhain vor der mittelalterlichen Stadtmauer nach den Vorgaben der Hessen-Archäologie in Übereinstimmung zu bringen.³⁹ Dies betraf vor allem auch die Ablastung des neuen Parallelogramms aus Betonfertigteilen, das teilweise die historischen Mauern überdeckte und auch stellenweise überschnitt. Ausgeführt wurde schließlich eines von ursprünglich zwei geplanten Sichtfenstern mit Einblick in die ehemalige Mikwe, die als Raum unter der neuen Überbauung vollständig erhalten blieb.

In die innere Rasenfläche des Parallelogramms, das den ehemaligen Betraum umschreibt, ist als Teil des Wettbewerbsbeitrags eine künstlerische Installation nach dem Konzept von Oliver Gather und Christian Ahlborn (Abb. 15) mit zehn nachts beleuchteten Zettelkästen eingelassen, in denen jährlich wechselnd niedergeschriebene Erinnerungen an die Synagoge von den Besuchern des Gartens nachgelesen werden können, um so eine ständige lebendige Auseinandersetzung mit dem Ort und seiner Vergangenheit anzuregen. Ein am Rand des Platzes aufgestelltes Bronzemodell der ehemaligen Synagoge vermittelt nicht nur den in Marburg zahlreichen Blinden und Sehbehinderten auch einen haptischen Eindruck des verlorenen Gebäudes.

Die Einweihung im November 2012

Am 10. November 2012 erfolgte unter großer Beteiligung der Bevölkerung die Einweihung der neuen Gedenkstätte als „Garten des Gedenkens“ (Abb. 16), in die vor der Kulisse der nun nachts beleuchteten mittelalterlichen südlichen Stadtmauer auch ein neuer Zugang in die Oberstadt



integriert wurde; der Gedenkstein von 1963 ist in der neuen Anlage an anderer Stelle wieder aufgestellt worden. Der mit diesem Durchgang in die Oberstadt, Ruheflächen und der davor platzierten Bushaltestelle (mit Hinweisen auf die frühere Synagoge) in das städtische Leben integrierte „Garten des Gedenkens“ wurde in Marburg überaus positiv aufgenommen. Die Überreste der Synagoge sind im Boden durch die nicht massive, sondern innen teilweise hohle Überbauung geschützt und könnten gegebenenfalls wieder freigelegt werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es sich bei dieser archäologischen Untersuchung um eine typische Situation der Archäologie der Neuzeit beziehungsweise Zeitgeschichte handelte: die grundsätzlichen Tatsachen sind aus der archivalischen Überlieferung gut bekannt, zum Teil sogar besser und detaillierter als aus den Überresten im Boden nachweisbar. Hier kommt stattdessen zuerst einmal ein technischer Aspekt zum Tragen, nämlich der Nachweis der exakten Geometrie der überlieferten Relikte und ihres Zustands. Beide Parameter können in aller Regel nicht sicher aus den vorliegenden Unterlagen entnommen werden, selbst exakte Aufzeichnungen über den Abrisszustand lassen keine sicheren Rückschlüsse über den aktuellen tatsächlichen Zustand der Relikte im Boden zu.

Der zweite Aspekt liegt dagegen weitgehend im emotionalen Bereich, wenn es darum geht, zumindest zeitweise Bereiche eines, wie bei vielen Synagogen, gewaltsam zerstörten Baus wieder zugänglich zu machen und verbliebene Überreste zu bergen. Typisch ist der auch für das Marburger Beispiel beschriebene Effekt, dass sich aus der Freilegung recht unmittelbar auch Diskussionen über die sichtbare Erhaltung der Befunde entwickelten. In solchen Fällen ist dann abzuwägen zwischen den Erinnerungsansprüchen einerseits, die an solchen Orten haften, und den jeweiligen Möglichkeiten der konservierenden Erhaltung andererseits.

Das Marburger Beispiel kann Dank der guten Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Stadtspitze und Jüdischer Gemeinde als ein sehr positives gelten. Ein in dieser Hinsicht vergleichbares Projekt ohne einen bislang so zufriedenstellenden Ausgang hat das Freie Institut für Bauforschung und Dokumentation 2005 in Frankfurt im Auftrag der „Initiative 9. November e.V.“ an der ehemaligen Synagoge an der Friedberger Anlage, die 1907 als größte Synagoge der Stadt mit 1600 Plätzen eingeweiht worden war, durchgeführt.⁴⁰ Diese Synagoge ist nicht nur 1938 mehrfach in Brand gesteckt worden, sondern man hat anschließend wie in Marburg die Jüdische Gemeinde verpflichtet, den ausgebrannten Bau auf eigene Kosten abzutragen. Nur für kurze Zeit entstand hier ein freier Platz, denn bereits 1943 ist noch von dem NS-Regime an dieser Stelle ein mächtiger Hochbunker errichtet worden, der einen großen Teil der Grundfläche der ehemaligen Synagoge einnahm und -nimmt.

Zusammen mit Schülern der 11. Klasse des Wöhler-Gymnasiums hat 2005 das IBD hier eine archäologische Untersuchung auf den umgebenden Freiflächen durchgeführt, die zeigte, dass auch hier ohne eine vorhergehende Tiefenentrümmerung noch Teilbereiche der Synagogen-

◁ Abb. 15: Der Entwurf des Wettbewerbs-siegers scape Landschaftsarchitekten in Kooperation mit dem Künstlerteam Oliver Gather und Christian Ahlborn für die Platzgestaltung.

△ Abb. 16: Der fertiggestellte „Garten des Gedenkens“ 2013.

Archäologie der Neuzeit

36 Bunk 2013, 582–585.

37 IBD-Untersuchungsbericht Grundstück der ehemaligen Synagoge an der Universitätsstraße, Ms. Marburg 2012.

38 Bunk 2013, 584f.

39 IBD-Untersuchungsbericht Grundstück der ehemaligen Synagoge an der Universitätsstraße, Ms. Marburg 2013

40 www.initiative-neunter-november.de/main.html

fundamente im Boden erhalten waren. Erwartungsgemäß löste auch dies umfangreiche Diskussionen über das weitere Vorgehen aus, die allerdings bis heute noch zu keinem endgültigen Ergebnis in Bezug auf den weiteren Umgang mit den Überresten der Synagoge geführt haben; auch muss die Initiative weiterhin dafür kämpfen, dass in dem Hochbunker eine dauerhafte Erinnerungs- und Begegnungsstätte entstehen kann.

Literatur

- Altaras, Thea: Das jüdische Rituelle Tauchbad und Synagogen in Hessen – Was geschah seit 1945? Teil II (Die Blauen Bücher). Königstein 1994.
- Brohl, Elmar: Zur Baugeschichte der Synagoge in der Universitätsstraße, in: Synagoge 2003, 9–132.
- Brohl, Elmar (2013a): Eisenbahndamm und Promenade. Die Universitätsstraße 1867–1939; in: Hussong 2013, 73–164.
- Brohl, Elmar (2013b): Bauten und Bürger; in: Hussong 2013, 203–462.
- Bunk, Monika: Das Grundstück der ehemaligen Synagoge – Universitätstrasse 11; in: Hussong 2013, 535–592.
- Geschichtswerkstatt Marburg: Der Brand der Synagoge; in: Synagoge 2003, 139–162.
- Hussong, Ulrich (Hrsg.): Die Universitätsstraße in Marburg (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 100). Marburg 2013.
- Klein, Thomas: Der preußisch-deutsche Konservatismus und die Entstehung des politischen Antisemitismus in Hessen-Kassel (1866–1893). Ein Beitrag zur hessischen Parteiengeschichte (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hessen 53). Marburg 1995.
- Klein, Ulrich/Süßmuth, Cornelia: Die mittelalterliche Synagoge in Marburg. Dokumentation der Ausgrabung (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 92). Marburg 2009.
- Nickel, Rainer: Die Synagoge an der Marburger Universitätsstraße; in: HessenArchäologie 2008. Stuttgart 2009, 167–171.
- Rübenstrunk, Katrin: Die Marburger Synagoge 1938/39. Spuren eines Immobiliengeschäftes; in: Synagoge 2003, 163–180.
- Schaal, Katharina: Bauten der Universität an der Universitätsstraße. Bibliothek, Landgrafenhaus, Savignyhaus, Altes Amtsgericht und die Planungen für das Universitätskuratorium; in: Hussong 2013, 491–534.
- Die Synagoge in der Universitätsstraße (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 78). Marburg 2003.

Abbildungsnachweis

- Abbildung 1: Brohl 2003, 13
Abbildung 2: Brohl 2003, 76
Abbildung 3: Brohl 2003, 36
Abbildung 4: Brohl 2003, 59
Abbildung 5: Brohl 2003, 41
Abbildung 6: Brohl 2003, 53
Abbildung 7: Brohl 2003, 82
Abbildung 8–10: Presseamt Marburg
Abbildung 11 und 14: IBD 2010
Abbildung 12: IBD 2008
Abbildung 13: IBD 2012
Abbildung 15: Büro scape Düsseldorf
Abbildung 16: IBD 2013